

WANN GIBT'S DIE DIGITALE VERWALTUNG FÜR ALLE?

Politikbrief

02/2018

IT-Governance:

Beteiligte gleichberechtigt einbinden

2

Registermodernisierung:

Dezentrale Leistung statt zentraler Aufbauarbeit

3

ELFE im Bundesrat:

Wichtige Initiative für digitale Verwaltung

4

Kommunale Verbände:

Gemeinsam für die digitale Verwaltung

5

Online-Verwaltung:

Vitako erarbeitet Konzept

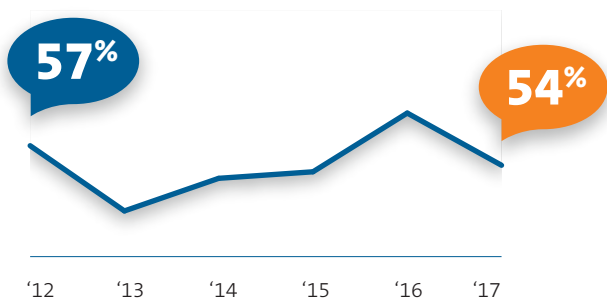
6

Die Struktur der deutschen Verwaltung stammt aus dem frühen 19. Jahrhundert. Die Digitalisierung bietet heute völlig neue Möglichkeiten, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen. Um dies zu erreichen, müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam an einem Strang ziehen und ihre Zusammenarbeit verbessern.

Zufriedenheit sinkt

Seit Jahren verharren die Zufriedenheitswerte der Bürger mit dem Online-Angebot ihrer Stadt auf mittlerem Niveau. Ein struktureller Grund: Die Kommunen können sich nicht ausreichend in wesentlichen Entscheidungsgremien wie dem IT-Planungsrat einbringen.

So hoch ist der Anteil deutscher Bürger, die mit dem Online-Angebot ihrer Stadt oder Kommune zufrieden sind



Quelle: Initiative D21, 2017

Verwaltungsprozesse vom Bürger her denken

Digitale Verwaltung bedeutet mehr, als Daten elektronisch aufzubereiten oder per E-Mail mit Behörden zu kommunizieren. Es geht vielmehr darum, Verwaltungsprozesse konsequent aus Nutzersicht zu denken und mithilfe von digitalen Technologien möglichst einfach abzuwickeln. Ist es wirklich noch nötig, dass Bürger für Routineangelegenheiten persönlich im Amt erscheinen, vor Ort Unterschriften leisten oder zahlreiche Urkunden – die im digitalen Archiv ohnehin vorliegen – aufwändig zusammentragen? Aus technischer Sicht nicht. Doch gewohnte Abläufe und bestehende Vorschriften müssen hinterfragt und geändert werden, um die digitale Revolution in der Verwaltung möglich zu machen.

Politik muss Steuerung übernehmen

Bereits heute können Bürger Dokumente elektronisch übermitteln, Behörden tauschen Daten aus, und Prozesse laufen automatisieren ab. Aber solch digitale Abläufe sind längst nicht durchgängig möglich, ihre Umsetzung stößt mitunter auf Skepsis. Hinzu kommt:

Um eine flächendeckende Digitalisierung der Verwaltung zu realisieren, müssen zahlreiche Akteure auf Bundes-, Länder und kommunaler Ebene zusammenarbeiten – ein komplexes Unterfangen. Es ist Aufgabe der Politik, durch eine gute IT-Governance sicherzustellen, dass alle Beteiligten sich entsprechend ihrer Kompetenz einbringen können. Leider ist dies bislang oft nicht der Fall. Beispiel IT-Planungsrat: Im wichtigsten Steuerungsgremium für die Digitalisierung sind die Kommunen und ihre IT-Dienstleister nicht gleichberechtigt zu Bund und Ländern vertreten – dabei werden drei Viertel der Verwaltungsleistungen in den Kommunen und mit der dortigen IT erbracht.

Auch die Bundesregierung bekennt sich in ihrem Koalitionsvertrag zu mehr Digitalisierung in der Verwaltung. Dafür soll unter anderem eine Agentur für eGovernment gegründet werden, die als eine Art Think Tank auf föderaler Ebene Standards und Pilotlösungen entwickelt. Doch auch hier zeichnet sich ab, dass die Kommunen nicht mit am Tisch sitzen werden. Ganz anders beispielsweise im Nachbarland Dänemark, wo Zentralregierung, Regionen und Kommunen gemeinsam in der eGovernment-Agentur zusammenarbeiten und Strategien entwickeln. Deutschland, das sich seines Föderalismus stets rühmt, sollte auch bei Fragen der Digitalisierung die kommunale Ebene endlich auf Augenhöhe einbeziehen.

Der 6. Zukunftskongress Staat und Verwaltung

Vom 18. bis 20. Juni findet in Berlin der 6. Zukunftskongress Staat und Verwaltung statt; Vitako ist Partner; Infos unter: zukunftskongress.info

**IT-GOVERNANCE:
BETEILIGTE
GLEICHBERECHTIGT
EINBINDEN**

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zum „Once Only“-Prinzip bekannt. Die Bürger sollen ihre Daten also nur noch einmal an die Verwaltung übergeben müssen, damit Doppelarbeit entfällt. Das ist mit den bestehenden regionalen Registern möglich und sinnvoll – eine Registerzentralisierung ist hingegen zu teuer und aufwändig.

Wesentliche Parameter sprechen für dezentrale Lösungen

Eine Registerzentralisierung – wie von einigen Stellen vorgeschlagen – ist aufwändig, teuer und ignoriert die gewachsenen föderalen Strukturen in Deutschland.

In Datenbanken wie beispielsweise dem Melde-, Personenstands- oder Gewerberegister speichern die Kommunen in Deutschland alle wesentlichen Daten ihrer Einwohner und Unternehmen. Diese Register werden in Deutschland seit jeher in den einzelnen Städten und Gemeinden gepflegt und von ihren IT-Dienstleistern technisch verarbeitet. Die elektronische Verwaltung und der elektronische Austausch der Daten sind jahrzehntelange Praxis. Beispiel Meldewesen: Hier werden seit 2007 Daten einheitlich erhoben und können entsprechend einfach abgefragt und ausgetauscht werden. Zieht etwa eine Person in eine andere Stadt, fordert das Einwohnermeldeamt des neuen Wohnorts alle relevanten Daten beim Amt des bisherigen Wohnsitzes an. Das erleichtert die Arbeit für den Bürger und stellt zugleich sicher, dass keine falschen Angaben gemacht werden.

	Zentrale Struktur	Dezentrale Struktur
Schnelle Erfolgserlebnisse		
Effiziente Umsetzung wahrscheinlich		
Nutzung vorhandener Infrastruktur		
Personelle Ressourcen vorhanden		
Technische Machbarkeit evaluiert		
Gelebter Föderalismus		

Intelligente Vernetzung statt Zentralisierung

Andere regionale Register könnten diesem Vorbild rasch folgen. Eine Zentralisierung der Register ist überflüssig und verkompliziert die Umsetzung des „Once Only“-Prinzips. Und das völlig ohne Grund: Die heutige Infrastruktur mit dezentralen Registern in den Kommunen hat sich bewährt und ist Zeichen des gelebten Föderalismus in Deutschland.

Was ist tatsächlich notwendig?

- › **Standards entwickeln:** Damit Register Daten austauschen können, braucht es entsprechende Schnittstellen und Standards. Diese müssen in deutlich höherem Tempo entwickelt werden.
- › **Recht anpassen:** Auch die Gesetzgebung muss an das digitale Zeitalter angepasst werden. Oft werden ohne Not Schriftform oder persönliches Erscheinen gefordert.
- › **Registermodernisierung effizient steuern:** IT-Planungsrat und FITKO sind hier am Zuge. Dort sollte ein Steuerungsgremium für die Registermodernisierung angegliedert werden, in dem alle Verwaltungsebenen vertreten sind.

REGISTER-MODERNISIERUNG: DEZENTRALE LEISTUNG STATT ZENTRALER AUFBAUARBEIT

Das Zweckbindungsgebot des Datenschutzes besagt, dass Daten nur für den Zweck verarbeitet werden dürfen, für den sie erhoben wurden. Das erschwert den Austausch von Daten zwischen Verwaltungen und bremst so die Digitalisierung der Verwaltung aus. Eine Bundesratsinitiative aus Bremen soll das nun ändern. Vitako unterstützt das Vorhaben mit Nachdruck.

Elterngeld leicht gemacht

Allein im vergangenen Jahr wurden 1,7 Millionen Anträge auf Elterngeld gestellt. Bislang ist der Prozess mit zahlreichen Behördengängen und komplizierten Antragsformularen verbunden. Nach dem Willen der Finanzbehörde Bremen soll das Verfahren künftig deutlich leichter werden:

-  Personalausweis auslesen
-  Zahl der Monate und Teilzeitoptionen eingeben
-  Datenschutzerklärung/
Datenverarbeitung zustimmen
-  Antrag absenden
-  Automatische Bearbeitung
und Gewährung

Verwaltung steht bereit: das Beispiel Elterngeld

Die technischen Voraussetzungen für eine Digitalisierung der Verwaltungsarbeit bestehen schon heute. Beispiel Elterngeld: Fast alle für die Gewährung notwendigen Daten liegen den Behörden schon bei der Geburt eines Kindes vor – die Geburtsurkunde beim Standesamt, die Lohnsteuerbescheide beim Finanzamt und so weiter. Es wäre problemlos möglich, diese Daten automatisch abzufragen. Allerdings: Den Behörden ist es untersagt, sich ohne Zustimmung der Bürger im Einzelfall untereinander auszutauschen. Junge Eltern müssen sich deshalb weiterhin mit komplizierten Antragsformularen herumschlagen, Originaldokumente einholen und postalisch versenden oder gleich mehrfach persönlich bei den Behörden vorstellig werden.

Wichtiger Vorstoß

Umso wichtiger sind kommunale Initiativen, um diese Missstände zu beheben. Bremen gehört dabei zu den Vorreitern: In den kommenden Wochen bringt die Hansestadt im Bundesrat einen Gesetzentwurf ein, demzufolge die Behörden nach Einwilligung der Bürger bestimmte Daten austauschen dürfen. Parallel dazu stellte die Senatorin für Finanzen die sogenannte „ELFE“-App vor, die die Vorteile der Digitalisierung konkret veranschaulicht: Statt mehrfach persönlich zum Amt zu gehen, sollen junge Eltern per Smartphone oder Tablet ihre Ausweise auslesen lassen, Basisdaten eintippen und den Antrag absenden. Aufwändige Behördengänge und komplizierte Antragsformulare gehören somit der Vergangenheit an.

Der Bremer Vorstoß ist wegweisend. Er erleichtert jungen Eltern das Leben und nimmt den Behörden Doppelarbeit ab. Und nicht nur das: Das Modell des Datenaustauschs kann auch als Vorbild für andere Verwaltungsverfahren, zum Beispiel die Beantragung von Wohngeld und anderen Sozialleistungen, dienen. Bund und Länder sind daher dringend gefordert, die Initiative zu unterstützen und weitere Verwaltungsverfahren nach dieser „Blaupause“ ebenfalls für die Menschen in Deutschland zu vereinfachen.

ELFE IM BUNDES RAT:
WICHTIGE INITIATIVE
FÜR DIGITALE
VERWALTUNG

Digitalisierung gehört zu den Megathemen für alle Behörden – egal, ob in Kleinstädten, Landkreisen oder Metropolen. Als Vertretung der kommunalen IT-Dienstleister setzt sich Vitako deshalb für eine breit angelegte Digitalstrategie ein. Der Verband sucht dabei auch den Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Wichtigste Voraussetzungen für eine digitale Verwaltung

Umfrage unter kommunalen Entscheidungsträgern

Stärkere Standardisierung und einheitliche Vorgaben



Bessere personelle und budgetäre Ausstattung



Bessere Koordination zwischen den Verwaltungsebenen zur Schaffung gemeinsamer IT-Lösungen



Benutzerfreundliche Lösungen beim Zugang zu E-Government-Angeboten



Vereinfachungen und Entbürokratisierung



Quelle: Hertie School of Governance

Wichtige Zusammenarbeit

Im Fokus der Zusammenarbeit zwischen Vitako und den Spitzenverbänden steht die konkrete Unterstützung der Kommunen:

› **Konferenzen:** Besonders für kleine und mittlere Kommunen kann die Digitalisierung eine Chance sein, sich als „Smart Cities“ zu profilieren. Dazu gehört, dass Bereiche wie Verkehr, Energie, Gesundheit, Bildung und Verwaltung nicht mehr als getrennte Sphären betrachtet, sondern intelligent vernetzt werden. Vitako organisiert hierzu seit 2015 regelmäßige Regionalkonferenzen. Dabei gibt es eine enge Zusammenarbeit mit wichtigen Vertretern der kommunalen digitalen Welt.

› **Leitfäden:** Die knapp 300 Landkreise in Deutschland spielen in vielen sensiblen Verwaltungsbereichen eine wichtige Rolle, etwa bei der Informationssicherheit. Zusammen mit dem Deutschen Landkreistag und anderen Kommunalverbänden hat Vitako 2017 dazu einen Leitfaden herausgegeben. Er orientiert sich an den in vom IT-Planungsrat festgelegten Standards und nimmt besondere Rücksicht auf die Gebietskörperschaften.

› **Digitalstrategien:** Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag weitreichende Maßnahmen angekündigt, um die Digitalisierung der Verwaltung zu beschleunigen. Um die Umsetzung der Ziele zu begleiten, hat der Deutsche Städtetag die Arbeit an einer groß angelegten Digitalstrategie begonnen. Vitako wird dies unterstützen.

Die Kooperation zwischen Vitako und kommunalen Spitzenverbänden ist ein Erfolg. Sie trägt dazu bei, die Städte und Gemeinden zukunftsfähig zu machen und den digitalen Graben zwischen digitalen und analogen Kommunen zu schließen. Gleichwohl entlässt das Engagement die Politik nicht aus ihrer Verantwortung: Die Gesetzgebung muss an die Realität des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Dabei ist das Knowhow aus der kommunalen IT unbedingt einzubeziehen.

**KOMMUNALE
VERBÄNDE:
GEMEINSAM FÜR
DIE DIGITALE
VERWALTUNG**

Das im letzten Jahr beschlossene Onlinezugangsgesetz (OZG) sieht vor, dass bis 2022 sämtliche Dienstleistungen von Kommunen, Ländern und Bund digital angeboten werden müssen. Dafür müssen die Verwaltungsportale aller beteiligten Stellen miteinander verknüpft werden. Vitako erarbeitet aktuell ein Konzept, wie solch eine IT-Architektur aussehen kann.

Portalverbund: So geht's

Über ein einziges Nutzerkonto sollen Bürger künftig sämtliche Dienstleistungen von Behörden auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene in Anspruch nehmen können.

»Ich möchte einen Reisepass beantragen.«



Benutzerkonto

»Ich möchte ein Gewerbe anmelden.«



Bestehende Portale verknüpfen

Bereits heute können Bürger zahlreiche Dienstleistungen wie die Beantragung eines Personalausweises oder eine Gewerbeanmeldung über Online-Portale der Kommunen und Länder erledigen. Diese regionalen Portale sollen bestehen bleiben, damit sich für den einzelnen Bürger so wenig wie möglich ändert. Nichtsdestotrotz soll der Nutzer – egal wo er wohnt – auch Dienstleistungen anderer Kommunen in Anspruch nehmen können, ohne auf dem dortigen Portal ein neues Konto anlegen zu müssen. Von Hamburg aus die Zweitwohnung in München anmelden oder von Düsseldorf aus ein Gewerbe in Hannover ummelden – dies alles soll in wenigen Jahren über ein einziges Nutzerkonto möglich sein.

Um dies zu realisieren, müssen die regionalen Portale über den sogenannten Portalverbund miteinander verknüpft werden. Die dafür nötige IT-Architektur ist bislang noch nicht vollständig erarbeitet worden und muss erst noch aufgebaut werden – eine Mammutaufgabe.

Vitako entwickelt Konzept für Servicekonten

Vitako will dabei als Spitzenverband der kommunalen IT-Dienstleister sein Praxis-Knowhow einbringen. Derzeit erarbeitet der Verband ein Konzept für den Aufbau von Servicekonten. Von diesen Konten aus können Bürger sowie auch juristische Personen wie Unternehmen oder Verbände auf die Portale von Kommunen, Ländern und Bund zugreifen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Nutzerfreundlichkeit sowie der Möglichkeit, auch Postfächer einzubinden und so den direkten Austausch zwischen Bürgern und Behörden über das Nutzerkonto zu ermöglichen.

Ende Juni wird das Konzept vorliegen und dem IT-Planungsrat als Entscheidungshilfe zugehen. Denn bedauerlicherweise werden die Kommunen und ihre IT-Dienstleister bislang nicht ausreichend in den Entscheidungsprozess involviert. Einige Vitako-Mitglieder haben bereits kommunale Servicekonten erfolgreich auf den Markt gebracht und stehen bereit, ihre Erfahrungen zu teilen.

Herausgeber:

Vitako
Bundes-Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen IT-Dienstleister e.V.
Markgrafenstraße 22
10117 Berlin
www.vitako.de

Verantwortlich:

Dr. Ralf Resch, Geschäftsführer

Redaktionsschluss:

1. Juni 2018

Agenturpartner:

Köster Kommunikation
GDE Kommunikation gestalten

ONLINE- VERWALTUNG: VITAKO ERARBEITET KONZEPT